



**Susanne Kastner, MdB**

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-7332 Fax: 030/227-76267

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **„Mellrichstadt wird vom Bund nicht alleine gelassen“**

„Die Schließung des Bundeswehrstandortes Mellrichstadt ist ein schwerer Schlag für die Stadt Mellrichstadt und für unsere gesamte Region“, so **Susanne Kastner**, Bundestagsvizepräsidentin und Abgeordnete aus Maroldsweisach.

Die Bürgerinnen und Bürger von Mellrichstadt müssen jedoch nicht befürchten, dass sie mit den damit verbundenen Belastungen alleine gelassen werden.

Die Verantwortung für die Folgen einer solchen Schließung liegen laut Grundgesetz zwar bei den Ländern und Gemeinden, jedoch unterstützen der Bund und die EU die betroffenen Regionen mit milliardenschweren Förderprogrammen.

Der Bund ist sich seiner diesbezüglichen Verantwortung sehr wohl bewusst und unterstützt die von Truppenabbau betroffenen Regionen seit 1993 unter anderem durch die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder um zwei Prozentpunkte. Diese Gelder, die auch für Konversionshilfen vorgesehen sind, erhalten die Länder fortlaufend und auch in Zukunft. Damit stehen dem Freistaat jährlich hunderte Millionen Euro dauerhaft zur Verfügung.

Die Schwerpunktbildung und  
Prioritätensetzung in den Landeshaushalten  
liegt in der Verantwortung des bayerischen  
Landtages, der nun aufgerufen ist, die vom  
Bund hierfür erhaltenen Mittel nun auch  
direkt den betroffenen Städten und  
Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Der Freistaat Bayern und die Stadt  
Mellrichstadt können außerdem vom Bund und  
der Europäischen Union finanzierte  
Förderinstrumentarien einsetzen. Da sind  
insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe  
„Verbesserung der regionalen  
Wirtschaftsstruktur“, Mittel aus den  
Europäische Fonds für regionale  
Entwicklung, Mittel aus dem Europäischen  
Strukturfonds und Gelder für die  
Städtebauförderung, die hier eingesetzt  
werden können.

Ferner ist eine finanzielle Beteiligung  
des Bundes an einzelnen  
Standortentwicklungsmaßnahmen möglich,  
wenn die Liegenschaften nicht ohne  
weiteres veräußerbar sind. Inwiefern dies  
auf den Standort Mellrichstadt zutrifft,  
muss in den kommenden Wochen und Monaten  
geklärt werden.

„Es liegt in der alleinigen Verantwortung  
der Staatsregierung, regionale  
Schwerpunkte und Prioritäten beim Einsatz  
der genannten Fördermittel zu setzen. Aus  
diesem Grund richte ich den dringenden  
Appell an die Staatsregierung, bei der  
Festlegung der Prioritäten unsere Region  
angemessen zu berücksichtigen“ so Susanne  
Kastner.